



Marburg 2013

Persönlich-politische Notizen

Vor wenigen Tagen hatte ich ein Gespräch mit der neuen Aufsicht in einem Museum der Universität. Es wurde schnell klar, dass der Mann, etwa Mitte 40, wohl nur begrenzte Zeit helfen wird und daher auch die Öffnungszeiten erst einmal nicht erweitert werden. Der Mann ist nämlich ein sogenannter Rückkehrer aus dem UKGM



Steffen Rink
Fraktionsvorsitzender

in den Landesdienst. Das Land weiß offensichtlich noch immer nicht, wohin mit den Menschen, die es seinerzeit verfassungswidrig an den Rhön-Konzern mitverkauft hat. Irgendwo tauchen sie immer mal auf. Doch Perspektive: Fehlanzeige.

Im Stadtparlament gab es im April eine Debatte um die Partikeltherapie. Das Gezerre um den Erhalt der Anlage ist ein Sinnbild für die gescheiterte Privatisierung des UKGM. Die Landesregierung hat offenbar keine Anstalten gemacht, selbst initiativ zu werden, um diese innovative Therapieform in

Marburg zu halten. In der Debatte im Stadtparlament wurde mir von der Opposition vorgeworfen, genau diesen Zusammenhang zur Sprache gebracht zu haben. Man müsse doch zusammenstehen. Ob die SPD den unsinnigen Passus über die Landesregierung nicht aus dem Antrag herausstreichen könne. Das sei doch Wahlkampfgetöse.

Konnten wir nicht. Wir meinen: Verantwortlichkeiten müssen benannt werden. Umgekehrt würden es die anderen mit der SPD genauso halten.

So wie die Marburger Linke der SPD bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Agenda 2010 und die Steuerreformen aus der Zeit von Gerhard Schröder vorhält. Ohne die Agenda ginge es allen gut. Was in der Zwischenzeit passiert ist, spielt keine Rolle. Die SPD hat aus alten Fehlern gelernt und sich

Fortsetzung auf Seite 2

Zur Sache

Liebe Leserin, lieber Leser,
gute Politik kann nur im Dialog gestaltet werden. Was aber ist „gute Politik“? Zwei Beispiele aus dem aktuellen **wirtunwas**:

Wir wollen gute Lebensbedingungen für Menschen im Alter. Bereits letztes Jahr haben wir einen Workshop mit vielen Akteuren zur kommunalen Altenpolitik veranstaltet und dessen Ergebnisse in unsere Arbeit einfließen lassen. Diesen Weg setzen wir fort. Unsere Aufmerksamkeit gilt dabei den äußeren Stadtteilen, für die wir ein Modellprojekt quartiersbezogener Altenpflege im dörflichen Bereich anstreben.

Auch in Fragen der Wohnungsverorgung gelingt es nur im Dialog, realistische und wirksame Maßnahmen umzusetzen. Wir haben diesen Dialog geführt – etwa mit den Wohnungsbaugesellschaften und am Runden Tisch Wohnen.

Unsere Stadt ist vielfältig und bunt. Das erfordert oft den Ausgleich unterschiedlicher Interessen genauso wie den Mut zu Entscheidungen. „Gute Politik“ orientiert sich dabei für uns an den Werten von Gerechtigkeit und Solidarität. Wir hoffen, dass Sie diese Werte in unserer Arbeit wiedererkennen.

Inhalt

Marburg 2013	1
Ein Haus für alle	2
Hauptbahnhof und Stadthalle	3
Fraktion vor Ort:	
10. bis 14. Juni 2013	3
Altenpolitik für die Stadtteile	4
Kindergarten Michelbach	4
Bewegung auf dem Wohnungsmarkt	5
Ex-In	5
Aus dem Stadtparlament	6
Kinderförderungsgesetz	6
Internationale Schule	7
Marktfrühschoppen	7
Feuerwehr Bauerbach	8
Schnelles Internet	8

Fortsetzung von Seite 1

im Bund wie im Land neu aufgestellt. Das wird von unseren Gegnern als nicht glaubwürdig abgetan. Warum? Um von eigener Perspektivlosigkeit abzulenken?

Für eine ehrliche Debatte, etwa um wichtige sozialpolitische Themen zählt offenbar nicht, dass sich sowohl der Bund (CDU, FDP) als auch das Land (CDU, FDP) seit Jahren um ihre Verantwortung drücken: Sei es bei der Förderung des sozialen Wohnungsbaus, sei es bei der angemessenen Mitfinanzierung der Kinderförderung, dem Ausstieg des Landes aus der sozialen Infrastruktur, der Kürzung der Regionalisierungsmittel für den ÖPNV, der Wegnahme von Geldern aus dem kommunalen Finanzausgleich. Als ob dies für Marburg keine Bedeutung hat, soll stattdessen die Stadt aus eigener Kraft alle Defizite ausgleichen, die andere verursacht haben. Populismus pur.

Mehr und mehr werden politische Debatten skandalisiert. In Marburg gebe es überhaupt keinen bezahlbaren Wohnraum mehr. Der ÖPNV sei schlecht und zu teuer. Die Stadt werde willfährig an Investoren verkauft. Einsicht in Notwendigkeiten und Abwägung von Interessen wird als „Verrat“ an früheren Aussagen gebrandmarkt. Die Meinung von Bürgern, Beiräten, Lobbygruppen werde ohnehin ignoriert. Marburg auf der schiefen Ebene in eine unheilvolle Zukunft?

Im Gegenteil. Über die Jahre hinweg wurden überdurchschnittlich gute Bedingungen erarbeitet, die Lebensqualität und sozialen Zusammenhalt bedeuten. Wir haben ein engmaschiges Netz sozialer Unterstützung. Wir haben gute Sportstätten. Wir haben gut ausgestattete Schulen. Wir erweitern die Öffnungszeiten der Stadtbücherei. Wir setzen eigene Akzente in der Bildungspolitik. Wir bieten den Unternehmen gute Standortbedingungen. Wir investieren in den Erhalt von Straßen und Brücken. Wir fördern die Energiewende. Wir sorgen für Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben. Wir unterstützen Barrierefreiheit und Selbstbestimmung im Alter. In den Angeboten zur Kinderbetreuung sind wir hessenweit Spitze. Wir schaffen bezahlbaren Wohnraum. Wo andere Kommunen unter dem Schutzschirm freiwillige Leistungen zusam-



menstreichen müssen, haben wir die Autonomie über unseren städtischen Haushalt behalten. Selbstverständlich könnte vieles noch besser sein. Aber: Andere beneiden uns, denn sie sehen den Vergleich zur Realität in anderen Städten und Gemeinden.

Unlängst musste ich in der Ketzerbach etwas länger auf den Bus warten. An der Haltestelle zog eine Gruppe älterer Wanderer vorbei. Sie fotografier-

ten die sanierten Häuserreihen. „Das ist mal eine Stadt, die anders ist als andere“, sagte einer der Wanderer anerkennend zu seinem Kollegen. „Da gibt es noch viel mehr Orte in Marburg, die sie sehen sollten“, hätte ich beinahe zugerufen. Doch ich bin mir sicher, dass die Besucher die besonderen Qualitäten unserer Stadt auch ohne fremde Hilfe entdecken. ■

Ein Haus für alle

Bereits im Dezember 2012 wurde aus der Stadtgesellschaft heraus der gemeinnützige Förderverein für das Marburger Kultur- und Bildungszentrum mit Moschee gegründet.

Ziel ist es, das seit Jahren vorbereitete und offen diskutierte Marburger Moscheebauprojekt zu unterstützen. Den Verein riefen viele bekannte Persönlichkeiten wie Oberbürgermeister Egon Vaupel, Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer, Vertreterinnen und Vertreter der Wissenschaft, der Evangelischen Kirche, der Jüdischen Ge-



Schaker Hussein
Stadtverordneter
Richtsberg

meinde und aller Parteien ins Leben. Den Marburger Muslimen geht es nicht nur um würdige Gebetsräume, sie möchten ein gastfreundliches und offenes Haus errichten. Der Förderverein wirbt um Mitglieder, freut sich über weitere Beteiligung und sammelt Spenden, um das Vorhaben zu unterstützen. Im Rahmen

eines Festaktes im Marburger Rathaus zeigte sich der Vorsitzende des Vereins, Prof. Dr. Albrecht Fuess (Direktor des Zentrums für Nah- und Mittelost-Studien der Philipps-Universität), sehr erfreut über den Zuspruch der Gäste. Egon Vaupel betonte, der Förderverein zeige, wie sehr die Marburger Muslime in unserer Stadt verwurzelt seien. Wir freuen uns über den Spatenstich zum Moscheebau am 21. Juni bei St. Jost. Werden Sie Mitglied des Vereins! Für weitere Informationen stehe ich Ihnen gerne zu Verfügung:

schaker.hussein@spd-online.de.



Die Marburger SPD-Fraktion vor Ort

63. Aktionswoche: 10. bis 14. Juni 2013

Bei **Fraktion vor Ort** informieren wir uns diesmal unter anderem über das geplante Familienzentrum im Stadtwald und suchen das Gespräch mit den Stadtteilgemeinden.

Unser Workshop vom letzten Jahr zur kommunalen Altenpolitik wird fortgesetzt

und befasst sich diesmal mit der quartiersbezogenen Altenhilfe.

Falls Interesse an einem Termin besteht, bitten wir um vorherige Anmeldung. Telefon (06421) 16990-14



Es geht los:



Ein weiteres Marburger Großprojekt startet: Am 11. Juni erfolgt der Spatenstich für den Um- und Ausbau der Stadthalle. Aus der bisherigen Veranstaltungshalle Erwin-Piscator-Haus entsteht damit ein Kulturbaustein ersten Ranges, der als Domizil des Hessischen Landestheaters und des KFZ für Konzerte, Theater und Kongresse dient sowie mit der Integration der Marburg Tourismus und Marketing GmbH ein Anlaufpunkt für Gäste unserer Stadt wird.

Zusammen mit dem Campus Firmanei in der Nordstadt wird dann in zentraler Lage ein attraktiver Innenstadtbereich mit universitärem, kulturellem und städtischem Leben in enger Nachbarschaft geschaffen.

Endlich!

Die Empfangshalle des Hauptbahnhofs ist nach Jahrzehnten der Vernachlässigung endlich durch die Deutsche Bahn saniert und Ende Mai eingeweiht worden. Noch werden die Bahnsteige erneuert und ein barrierefreier Zugang geschaffen.

In den oberen, mittlerweile im Eigentum der städtischen GeWoBau befindlichen Räumen werden Büros und Studentenwohnungen gebaut.

Der Bahnhofsvorplatz wird bis Ende 2014 ganz neu gestaltet und verkehrsberuhigt.

Das trostlose Bild der Vergangenheit ist dann passé, Hauptbahnhof und Bahnhofsvorplatz werden nun zum repräsentativen Eingang in die Nordstadt.



Montag, 10. Juni

- 17.00 Uhr Besuch des Mütter-Zentrums Marburg e. V., Bunsenstraße 9
- 18.00 Uhr Besuch der vhs Marburg, Deutschhausstraße 38, Raum 304.
- 19.30 Uhr Öffentliche Fraktionssitzung, Deutschhausstraße 38, Raum 304.

Dienstag, 11. Juni

- 15.00 Uhr Spatenstich zum Um- und Ausbau der Stadthalle
- 16.30 Uhr Besuch der Adolf-Reichwein-Schule, Weintrautstraße 33

Mittwoch, 12. Juni

- 16.30 Uhr Besuch der GeWoBau Marburg, Pilgrimstein 17
- 19.00 Uhr „Politikwechsel – für uns“ mit Thorsten Schäfer-Gümbel, Bürgerhaus Cappel

Donnerstag, 13. Juni

- 16.00 Uhr 2. Workshop zur quartiersbezogenen Altenhilfe, Altenheim St. Jakob, Am Schubstein 4, Cölbe

Freitag, 14. Juni

- 13.30 Uhr Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Dr. Marlis Sewering-Wollanek, Rathaus
- 17.00 Uhr Gesprächstermin zum Familienzentrum Stadtwald, Bistro A Capella, Hannah-Arendt-Straße 2
- 19.30 Uhr Treffen mit der Arbeitsgemeinschaft der Stadtteilgemeinden, Hansenhausgemeinde, Gerhart-Hauptmann-Straße 1

Zukunft quartiersbezogener Altenhilfe

Altenpolitik für die Stadtteile



In den Stadtteilen Marbach und Michelbach hatten vor Jahren die Ortsvorsteher eine Befragung ihrer älteren Bewohner/innen begonnen. Schnell wurden die Fragebögen verbreitet und mittlerweile wissen wir, wie eine quartiersbezogene Altenhilfe aussehen sollte. Der weit überwiegende Teil der älteren Menschen möchte in seiner angestammten Umgebung wohnen, dort gut versorgt sein, wenn Pflege und ärztliche Behandlung notwendig werden und am Gemeinschaftsleben teilnehmen. In vielen Stadtteilen haben



Ulrich Severin
sozialpolitischer
Sprecher der Fraktion

sich Initiativen älterer Bürger/innen gebildet, die nun mit vielen Angeboten und Veranstaltungen das Gemeinschaftsleben bereichern.

■ *... vor Ort in der vertrauten Umgebung bleiben*

Älter und alt werden zu Hause ist – nach allem was wir aus der neueren Forschung wissen – davon abhängig, wie leicht und wie umfassend das Pflege- und Versorgungsangebot vor Ort erreichbar ist. Die Marburger

SPD-Fraktion beschäftigt sich deshalb schon seit Jahren mit Konzepten quartiersbezogener, also wohnortnaher Altenhilfe in der vertrauten Umgebung.

Im Stadtteil Michelbach könnte jetzt für die westlichen Stadtteile ein neues Modell entstehen. Dort gibt es eine geeignete Liegenschaft, die sich für eine Einrichtung der quartiersbezogenen Versorgung eignet. Die DRK-Schwesternschaft hat einen ersten Projektentwurf vorgestellt, der soweit geht, professionelle Versorgung mit ehrenamtlichem Engagement zu verknüpfen und so ein ausdifferenziertes, passgenaues Angebot der Pflege und Versorgung zu sichern.

■ *... Modellprojekt für westliche Stadtteile*

Um dies zu realisieren hat die SPD/Grüne-Koalition einen Antrag in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht, der mit großer Mehrheit Ende April verabschiedet wurde und zum Ziel hat, die Errichtung einer quartiersbezogenen Altenhilfeeinrichtung in Michelbach zu unterstützen und zu fördern.

Mit der konzeptionellen Weiterentwicklung quartiersbezogener Altenhilfe beschäftigt sich die SPD-Fraktion auch im Rahmen der Fraktion-vor-Ort-Woche bei einem Workshop am 13. Juni 2013 im neuen Altenheim der Marburger Altenhilfe St. Jakob in Cölbe, wo auch der erste Teil des Workshops im vergangenen Jahr stattgefunden hat.

Mehr Spielfläche: Erweiterung Kindergarten Michelbach

Auf Initiative der SPD-Fraktion beschließt das Stadtparlament über einen Antrag, der zum Ziel hat, das Außengelände des Kindergartens „Am Waldacker“ in Michelbach-Nord zu erweitern. Wir haben dieses Anliegen von Michelbacher Eltern gerne aufgegriffen, auch der Ortsbeirat hatte sich bereits dafür ausgesprochen.

Da während der Nutzung des Geländes als Kindergarten einige angrenzende Grundstücke noch nicht von der Stadtentwicklungsgesellschaft (SEG) vermarktet werden kön-



Dominic Dehmel
Stadtverordneter
aus Michelbach

nen, soll die SEG die vorübergehende Nutzung des Geländes durch den Kindergarten am Waldacker ermöglichen. Der Förderverein des Kindergartens hatte sich seinerseits bereit erklärt Unterstützung zu leisten und seine Arbeitskraft zugesichert.

Die Kinder bekommen so ein wesentlich größeres Außengelände zum Spielen, Toben und für viele weitere Aktivitäten und das recht beengte Areal des Kindergar-

tens kann so sinnvoll ergänzt werden. Michelbach ist der größte äußere Stadtteil und hat zudem Marburgs größtes Neubaugebiet mit vielen jungen Familien und Kindern, so dass der Kindergarten gut ausgelastet ist und mehr Platz gebrauchen kann.





Bewegung auf dem Wohnungsmarkt

Das tut die Universitätsstadt Marburg:

Im Sommersemester 2013 ist in Marburg mit fast 23.000 Studierenden ein Rekordwert zu verzeichnen. Zum Wintersemester rechnet man mit einer noch größeren Zahl von Neuankömmlingen, die alle auf den Wohnungsmarkt drängen. Günstiger Wohnraum aber ist vor allem in der begehrten Innenstadt knapp, nicht nur für Studierende, sondern auch für Familien mit geringem Einkommen oder Menschen mit Behinderungen. Doch die Stadt ist nicht untätig. Die stadteigene GeWoBau verfügt über preisgünstige Wohnungen, mit speziellen Fördergeldern sollen auch für private Anreize zur Schaffung von preiswertem Wohnraum gegeben werden.

■ ... hoher Druck auf den Wohnungsmarkt der Kernstadt

Im ehemaligen KJC-Gebäude in der Uferstraße wurden von der GeWoBau Wohnungen für Studierende und Auszubildende sowie barrierearme Wohnungen für Menschen mit Behinderungen geschaffen. Mit hohen Investitionen konnte ein ehemals gewerblich genutztes Gebäude in attraktiven Wohnraum in bester Innenstadtlage umgebaut werden. Weitere Wohnungen entstehen bis Herbst im historischen „Kilian“ am Schuhmarkt in der Oberstadt. Auch im Hauptbahnhof wird Wohnraum für Studierende nach dem Wohnheimprinzip geschaffen. Das ist nur möglich durch erhebliche Zuschüsse von der Stadt.

■ ... städtische Förderung schafft Anreize

Vom Förderinstrument, ermöglicht durch die rot-grüne Koalition, profi-

tiert auch das Studentenwerk, denn nun kann das Wohnheim in der Ritterstraße instand gesetzt werden. Momentan laufen Planungen im Stadtwald, um dort für rund 200 Studenten Wohnungen zu bauen.

1,5 Mio. städtische Fördergelder stehen in diesem Jahr erstmals zur Verfügung. Mittlerweile liegen auch die Fördermodalitäten vor, die vor allem zum Ziel haben, schnell und unkompliziert Wirkungen im lokalen Wohnungsmarkt zu erzielen und Mieten zu ermöglichen, die von Familien, Alleinerziehenden, Menschen mit geringem Einkommen und Studierenden bezahlt werden können.

Verschiedene andere Instrumente sind in der Anwendung oder Prüfung. Nicht alles, was sich gut anhört – etwa verpflichtende Quoten von Sozialwohnungen beim Wohnungsneubau – erweist sich als zielführend. Geprüft werden soll aber, ob die Stadt Belegungsrechte bei privaten Vermietern ankaufen kann. Wenn städtische Grundstücke für Wohnungsbau verkauft werden, ist ein bestimmter Prozentsatz an Sozialwohnungen vorzusehen. Bezahlbarer Wohnraum in Innenstadtlagen ist heute nur noch mit zusätzlicher Förderung zu realisieren.

Im Mai wurde eine umfassende Wohnungsmarktanalyse in Auftrag gegeben. Wir erhoffen uns davon verlässliche Daten über die Situation in der Stadt, sowohl der Innenstadt als auch der Außenstadtteile. Daraus werden sich neue Handlungsoptionen ergeben. Bei aller Aufmerksamkeit für die Innenstadt dürfen wir es beispielsweise nicht zulassen, dass die Außenstadtteile Bevölkerung verlieren, weil dadurch wohnortnahe Kindergärten und Schu-

len, das Leben der Vereine, nachbarschaftliche Hilfen und vieles mehr, was das Leben jenseits der Innenstadt attraktiv macht, gefährdet werden.

■ ... gut wohnen in den Stadtteilen

Mit diesen Fragestellungen wird sich auch am 21. Juni 2013 um 19.30 Uhr ein Parteitag der Marburger SPD in Elnhausen zur Stadtteilentwicklung befassen.

Doch trotz aller Bemühungen seitens der Stadt bleibt es dabei: Bund und Land bleiben gefordert, neue Wohnungsförderungsprogramme zu entwickeln und ausreichend zu finanzieren, die sowohl dabei helfen, Leerstände in Randlagen abzubauen, zusätzlichen Wohnraum im Bestand zu erzeugen – etwa durch Umbauten großer Wohnungen in kleinere Einheiten – und in Kommunen mit besonderen Problemen wie etwa Marburg den Neubau von bezahlbarem Wohnraum ermöglichen.

EX-IN

Auf Antrag der SPD-Fraktion unterstützt die Stadt Marburg die Initiative zur Gründung eines Vereins „EX-IN-Hessen“ und Aktivitäten zur Selbsthilfe psychoseerfahrener Menschen.

In Marburg leben Menschen, die psychisch erkrankt sind und durch ihre Behandlung zu psychiatrieeerfahrenen Personen wurden. Je nach dem Verlauf ihrer Erkrankung nehmen sie in unterschiedlichem Umfang am gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben unserer Stadt teil. Sie erleben aber nach wie vor wegen ihrer Erkrankung nachhaltige Stigmatisierungen und Diskriminierungen.

EX-IN (Experienced-Involvement) ist ein Konzept, das einzelne psychoseerfahrene Menschen zu Genesungsbegleiter/innen ausbildet und dadurch das Selbsthilfepotential der Betroffenen stärkt. Derzeit sind psychisch erkrankte (und dadurch behinderte) Menschen nicht im Behindertenbeirat vertreten. Mit einer öffentlichen Unterstützung der Betroffenen ist auch die Hoffnung verbunden, dass diese sich zukünftig besser im politischen Raum vertreten können.

Aus dem Stadtparlament:

■ Wohnungslosenhilfe

Während aktuell über zu wenig günstigen Wohnraum, insbesondere für Studenten diskutiert wird, gerät leider die Problematik der Obdach- und Wohnungslosen in der Öffentlichkeit leicht in den Hintergrund.

Mit einem Koalitionsantrag fordert dagegen das Stadtparlament ein Gesamtkonzept zur Wohnungslosenhilfe ein. Damit soll Obdach- und Wohnungslosen oder Menschen, die wegen unterschiedlichster sozialer Schwierigkeiten davon gefährdet sind, für die jeweilige Notlage eine passende Hilfe bereitgestellt werden, um sie möglichst dauerhaft zu reintegrieren.

Dies ist eine Herausforderung, weil es immer neue Zielgruppen mit immer komplexeren Problemhintergründen gibt, die den Betroffenen ein geordne-

tes Leben in Gemeinschaft erschweren. Dabei geht es unter anderem auch um immer mehr jüngere Menschen sowie spezielle Angebote für Frauen.

■ Partikeltherapie

Die Marburger Stadtverordnetenversammlung drängt abermals auf die baldige Inbetriebnahme der Partikeltherapieanlage zur Krebsbekämpfung auf den Lahnbergen und mahnt die Hessische Landesregierung mit Nachdruck Gespräche mit dem UKGM, der Rhön-AG und auch mit Siemens, dem derzeitigen Eigentümer der Anlage, zu führen. Anlass waren Anzeichen dafür, Siemens habe Pläne, die Anlage abzubauen und im Ausland zu betreiben – in Marburg bliebe eine Bauruine. Warum fordert die Landesregierung nicht vehement den vertraglich festgelegten Start der

Kinderförderungsgesetz, 2. Akt

Das geplante Kinderförderungsgesetz der hessischen Landesregierung wird seinem Namen nicht gerecht. Es hat einen derart heftigen Proteststurm der Kommunen, Kita-Träger und Fachöffentlichkeit ausgelöst sowie zehntausende Erzieherinnen, Erzieher und Eltern auf die Barrikaden gebracht, dass CDU und FDP gezwungen waren ihren Entwurf zu korrigieren. Leider bleibt es aber immer noch bei einem grundsätzlich falschen Ansatz. Auch wir hatten in der Stadtverordnetenversammlung die Landesregierung zur Rücknahme des Gesetzes aufgefordert und die rein betriebswirtschaftlich ausgerichtete Kinderbetreuung angeprangert.

Das ist nämlich der entscheidende Punkt: Statt sich endlich angemessen an der finanziellen Unterstützung der Kommunen bei der Kinderbetreuung zu beteiligen, vermittelt das Gesetz den Eindruck, dass Land versuche möglichst billig davonzukommen. Zur Erinnerung: Nur weil die Kommunen gegen das Land auf Übernahme der gesetzlich verordneten Mehrkosten bei der Kindertagesbetreuung klagten und vor dem Staatsgerichtshof Recht



Martina Dirmeier
Stadtverordnete
aus Wehrda

bekamen, zahlte das Land schließlich Millionen, die den Kommunen ohnehin zustanden.

Dass Kitas künftig Pauschalen pro Kind bekommen sollen, statt wie bisher Gruppen gefördert werden, führt dazu, dass man quasi gezwungen ist, möglichst große Gruppen zu bilden. Erlaubte Gruppengrößen

von bis zu 25 Kindern sind alles andere als ideal und sogar eine Verschlechterung gegenüber dem Istzustand. Nebenher bemerkt: Mit einer Aufwertung der Erziehungsberufe hat das auch nichts zu tun.

Sollten die Kitas aufgrund der neuen Finanzierungsmodalitäten tatsächlich zur Verkürzung von Betreuungszeiten genötigt sein, führt dies auch nicht zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Ein weiteres Defizit ist die fehlende Berücksichtigung der Inklusion behinderter und anderer benachteiligter Kinder. Da müssen die Kommunen selbst sehen, wie sie das dafür erforderliche Personal finanzieren.

Wenn es heißt, keine Kommune sei daran gehindert, die Standards selbstständig zu erhöhen, dann entlarvt das

Anlage ein sondern verlängert sogar noch die vereinbarte Frist dafür? Die Regierung ist nämlich in der Verantwortung für die Einhaltung der von ihr selbst geschlossenen Verträge – seien sie auch noch so schlecht.



die hinter dem Gesetz stehende Denkart. Gerade eine Stadt wie Marburg, die freiwillig in den vergangenen Jahren die Kindertagesbetreuung kontinuierlich ausgebaut hat und Millionen bereitstellt, sollte mehr Unterstützung durch das Land erwarten dürfen.

Bedauerlich ist, dass die CDU-FDP-Koalition erst durch massiven öffentlichen Druck zur Abmilderung ihres ungenügenden Entwurfs bereit war. Er gehört zurückgenommen. Die frühkindliche Förderung, Erziehung und Bildung scheinen der Landesregierung nur Lippenbekenntnisse wert.

Impressum

Herausgeber
und verantwortlich
**Die Marburger
SPD-Fraktion**
Biegenstraße 33
35037 Marburg
Telefon (06421) 16990-14
Telefax (06421) 16990-18



<http://www.spd-fraktion-marburg.de>
spd-fraktion-marburg@t-online.de

Gestaltung und Satz EigenArt –
Thomas Neutze und Gabriele Rudolph

Fotos EigenArt, Dominic Dehmel, fotoArt-Marburg, fotolia, htk-Architekten, Islamische Gemeinde Marburg e.V., Michael Müller, Lars Witter

Druck Druckhaus Marburg

Gedruckt auf Recyclingpapier
aus 100 % Altpapier





Internationale Schule für Marburg?

In jüngster Vergangenheit ist die Forderung nach einer internationalen Schule angekommen, unter anderem um die weichen Standortfaktoren für Marburg zu stärken. Eine gute Bildung für alle ist und bleibt der politische Schwerpunkt der SPD, und in diesem Zusammenhang stellen wir auch die Diskussion um eine internationale Schule.

Wenn es um eine solche Schule geht, sind viele offene Fragen auf verschiedenen Ebenen zu klären.

Da ist zunächst einmal die Frage nach der Trägerschaft. In Hessen gibt es nur eine einzige Internationale Schule in öffentlicher Trägerschaft. Alle anderen Schulen befinden sich in freier Trägerschaft, bei denen ein Schulgeld von



Kirsten Dinnebier
Vorsitzende des Schul- und Kulturausschusses

monatlich von bis zu 1.300,- Euro erhoben wird.

Wir von der SPD-Fraktion wollen Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit erhöhen – darin sehen wir unsere Hauptaufgabe! Der Zugang zu Bildungseinrichtungen darf keinesfalls von den finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses abhängen und wir lassen es auch

nicht zu, dass die Konkurrenz um Schüler/innen die soziale Ungerechtigkeit des Schulsystems vergrößert!

Es schließen sich diverse rechtliche Fragestellungen an: Ergänzungsschule, Ersatzschule, deren Genehmigung, Schulaufsicht, staatliche Anerkennung? Insofern wäre noch vieles im Vorfeld zu klären, bevor die Forderung nach einer internationalen Schule in

Marburg in eine reale Planungsphase übergehen könnte.

Letztendlich ist aber selbstverständlich die zu erwartende Schüler/-innenzahl elementar. Vereinzelt Anfragen reichen noch nicht aus, um eine internationale Schule aufzubauen. Selbst für einen englischsprachigen Zweig an einem Gymnasium ist die Nachfrage nach Aussagen des staatlichen Schulamtes derzeit viel zu gering.

■ *Weiterentwicklung unserer Schulen gewünscht*

Bei jeder Weiterentwicklung von Schulen gilt unser Grundprinzip: Initiativen müssen sich aus der Schule selbst entwickeln und von der Schulgemeinde getragen werden. Wir fordern nicht erst Schulen auf, ein Konzept zu entwickeln, bei dem nicht klar ist, an welcher Schule das Konzept überhaupt zum Tragen kommen könnte. So gehen wir nicht mit unseren Schulen um!

Jenseits der oben genannten Fragen ist meines Erachtens auch eine politische Diskussion zu führen. Muss sich alles den global agierenden Märkten unterwerfen? Ich meine: Nein! Einen breiten Konsens finden wir aber sicherlich darin, dass wir Schule ändern wollen: Mehr (echte) Ganztagschulen, längerer gemeinsamer und rhythmisierter Unterricht oder kleinere Klassengrößen – und hier sollte der Ausbau von bilingualem Unterricht als zusätzliches Plus für unsere Schullandschaft und den Standort Marburg angebunden sein. ■

Marktfrühschoppen: Offene Fragen

Der Marktfrühschoppen polarisiert die Marburger Öffentlichkeit. Viele Menschen, auch aus unserer Partei, verbinden schöne Erinnerungen mit dem Fest auf dem Marktplatz. Bevor es 3TM, das Uni-Sommerfest, den Theatersommer und anderes mehr gab, war der Marktfrühschoppen das große Ereignis im städtischen Festkalender.

Doch Wehmut hilft nicht weiter. Der Marktfrühschoppen ist in den letzten Jahren in ein ungutes Fahrwasser gekommen. Dabei geht es nicht darum, ob Angehörige von Burschen-

schaften das Fest besuchen, wie sie andere Feste auch besuchen. Es geht darum, dass rechte Burschenschaften den Marktfrühschoppen mehr und mehr zu ihrem Fest erklärten. Burschenschaften, die „Deutschtum“ durch Abstammung definieren und denen Beziehungen ins neonazistische Lager nachgesagt werden. Durch diese Vereinnahmung wurde das Fest politisiert. Deshalb wollte die Mehrheit der Verantwortlichen den Marktfrühschoppen 2012 ausfallen lassen.

Fragen sind ungeklärt: Wie kann man sich klar und eindeutig vom

Auftreten und der Vereinnahmung durch Burschenschaften distanzieren? Gelingt es den studentischen Verbindungen untereinander, sich von rechten Gruppierungen und Gedankengut abzugrenzen? Was bedeutet es heute, ein Fest „der Bürger“ für „ihre Studenten“ auszurichten? Wer könnte ein solches Bürgerfest in Zukunft veranstalten? Darüber hätten alle Beteiligten sprechen müssen. Stattdessen setzen einige auch in diesem Jahr auf Konfrontation. So kommt man aber nicht weiter.

Erfolgsgeschichte:

Bauerbacher Feuerwehr

Vor nur etwa einem Jahr gründete sich in Bauerbach eine neue Abteilung der Freiwilligen Feuerwehr (www.feuerwehr-bauerbach.de). Ein Ereignis, das hessenweit Aufsehen erregte. Denn damit setzten die Bauerbacher ein deutliches Zeichen gegen nachlassendes Engagement für das Gemeinwohl.

Die nun 21 aktiven Mitglieder der FFW Bauerbach haben seitdem in hohem Tempo und mit großem Einsatz ständig an ihren Fertigkeiten geübt, Lehrgänge erfolgreich absolviert und

für den Ernstfall geübt, der hoffentlich nie eintritt.

Heute steht die Bauerbacher Feuerwehr bereit, um im Notfall schnelle und professionelle Hilfe leisten zu können. Die Hilfsfristen im Osten der Stadt können so noch besser eingehalten werden. Und das kann entscheidend sein für das Leben von Menschen.

Für die Politik galt es, diesen außergewöhnlichen Start schnell und nachhaltig zu unterstützen. Es war klar, dass es nicht bei den über 50.000 Euro bleiben konnte, die in Ausrüstung und Kleidung investiert wurden. Deshalb war die SPD-Fraktion im November vor Ort und die Kameraden formulierten klar, was noch getan werden muss: Das alte Übungsfahrzeug muss durch ein modernes Einsatzfahrzeug ersetzt wer-



Gerald Weidemann
Stadtverordneter

den und die Einsatzabteilung benötigt einen festen Standort.

Und die Stadt Marburg hat die Aufgaben ernst genommen: Bereits im Januar konnte der Einsatzabteilung ein Mannschaftstransporter übergeben werden und im April bekam die Freiwillige Feuerwehr Bauerbach ein

TSF-W, mit dem jetzt auch kleinere Einsätze selbständig möglich sind. Die Planungen für ein Feuerwehrgerätehaus sind abgeschlossen, so dass die Fahrzeuge im nächsten Winter gut untergebracht sein werden. Auch die improvisierten Übungsabende im Bürgerhaus finden damit ein Ende. Die Ankündigung, dass in Bauerbach ein zweistöckiger Neubau errichtet wird, hat bei den Kameraden Jubel ausgelöst. Und tatsächlich ist das für die Moral der jungen und hochmotivierten Einsatzkräfte von großer Bedeutung.

Auch in Bauerbach sollen die Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehr wissen: Die Marburger SPD ist voller Respekt für die wichtige Arbeit und wird ihrerseits helfen, wo immer es möglich ist!



Glasfaserverlegung in Bauerbach gestartet

Schnelles Internet für alle Marburger

Wer in der letzten Zeit einmal Bauerbach besucht hat, wird die Bagger und Bauarbeiter beobachtet haben, die in den dortigen Straßen die gelben Glasfaserkabel verlegen. Bis Ende des Jahres werden die Stadtwerke mehr als 80% aller Häuser und mehr als 90% aller Wohnungen in Bauerbach mit einem schnellen Internet-Zugang über Glasfaseranschluss versorgt haben.

Das Interesse der Bevölkerung an einer solchen Verbindung war überwältigend. Mit den durch die Koalition in den Haushalt 2013 eingestellten Fördermitteln von Seiten der Stadt in Höhe von 150.000 Euro werden die Kosten für jeden Hausanschluss deutlich gemindert. Für den Hauseigentümer ist das eine Investition in die Zukunft.

Das große Interesse an diesem Pilotprojekt für die Stadtteile zeigt aber sehr



Dr. Horst Wiegand
Ortsvorsteher und
Stadtverordneter aus
Ginseldorf

deutlich: Die Versorgung der Außenstadtteile mit einem Glasfasernetz ist das richtige Projekt zum richtigen Zeitpunkt und mit den richtigen Mitteln. Gerade die Außenstadtteile der Stadt Marburg brauchen dringend ein Breitbandnetz, das für die nächsten Jahrzehnte Turbo-Geschwindigkeiten garantiert. Angesichts des aktuell in der Kernstadt recht angespannten

Wohnungsmarktes können die Außenstadtteile mit dem schnellen Internet punkten und auch für Studierende als Wohnort attraktiv werden. Im Falle Bauerbachs gilt das sicher für Naturwissenschaftler auf den Lahnbergen.

Es hat sich somit als richtig erwiesen, den Breitbandanschluss für die Stadtteile als ein Projekt der Marburger SPD in

die Koalitionsvereinbarung aufzunehmen, weil dadurch der Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Marburg insgesamt gestärkt wird.

Es sollen natürlich alle Stadtteile in den Genuss der schnellen Internetverbindung kommen mit den gleichen Konditionen! Als nächstes werden Michelbach und Ginseldorf folgen.

Bevor die bereits jetzt ins Stocken geratenen Ausbaupläne des Landkreises die Versorgung aller Orte mit einem besseren Internetzugang sicherstellen, werden alle Marburger auf ein deutlich besseres Netz zurückgreifen können. Denn wir haben für die Realisierung mit den Stadtwerken Marburg einen kompetenten Partner.

